

► **Serie:** Dem Kalten Krieg folgte eine Serie von Reformen. Gleichzeitig wurden Soldaten in gefährliche Auslandsmissionen entsandt

Die Demontage

VON WILHELM THEURETSBACHER

Im Juli 1991 löste sich der Warschauer Pakt auf. Die gigantische Bedrohung aus dem Osten mit mehr als drei Millionen Soldaten existierte nicht mehr.

Zeitgleich wurde während einer Übung der Militärakademie in Kärnten scharfe Munition ausgegeben. Denn im damaligen Jugoslawien war ein Bürgerkrieg ausgebrochen, der auch Teile von Kärnten und der Steiermark bedrohte.

Damit begann für das Bundesheer aber auch eine Ära der Demontage, die bis heute anhält. Sie wird von Verteidigungsministern verschiedenster Couleurs getragen – von Werner Faslabend (VP) über Herbert Scheibner (FP), Günther Platter (VP) bis Norbert Darabos (SP).

Der erste Schritt war die Halbierung des Gesamttrahmens von 240.000 Mann auf 120.000 auf Kosten der Miliz. Denn es war nicht mehr nötig, das Donautal gegen eventuell angreifende

Sowjetarmeen zu verteidigen. Die Bunker mit den eingebauten Panzerkanonen wurden abgebaut, die Soldaten nach Hause geschickt.

Dann wurde eine neue, NATO-freundliche Führungsstruktur mit einem Kommando in Graz gebildet. Bei der Umstrukturierung der neuen Führung gab es allerhand Kollateralschäden. So kamen dem Heer beispielsweise jene Sprengstoffspezialisten abhanden, die in der Lucona-Affäre und gegen den Briefbomber Franz Fuchs die Beweise geliefert hatten.

Die Regierung beschaffte entgegen der Empfehlung der Generäle mit dem Eurofighter das modernste Kampfflugzeug der Welt, hielt aber die Zusagen der Finanzierung nicht ein.

Gleichzeitig sah sich das Bundesheer mit neuen Einsatzszenarien konfrontiert, die man vor dem Jahr 1991 noch für undenkbar gehalten hatte. Bundesheerverbände marschierten auf den bürgerkriegsgeschüttelten Balkan, wo das Heer heute noch eine führende Rolle

hat. Gleichzeitig mussten Soldaten nach Afghanistan. Auch Panzer wurden nach Kabul verlegt. Es ging sogar in den Tschad.

Friedensbudget Alle Einsätze müssen aus dem bereits durch die Eurofighter belasteten Verteidigungsbudget bestritten werden. Es sei ein „Friedensbudget mit Kriegsaufgaben“, ätzt ein General.

Inzwischen mussten aus Kostengründen Teile der Panzerflotte stillgelegt werden.

Die nächste Heeresreform (Zilk-Kommission) brachte das völlige „Aus“ für die Milizverbände. Minister Platter stellte die Übungen ein, ohne auf die Empfehlungen der Kommission zu warten.

Der nächste Schlag war die Reduzierung der Wehrdienstzeit auf sechs Monate.

Das bedeutet, dass die abrüstenden Rekruten nicht mehr für Milizübungen herangezogen werden können. Durch die Budgetzwänge ist es aber auch nicht mehr möglich, dem Kaderpersonal Überstunden zu zahlen. Nun sitzen die Rekruten nach Dienstschluss beschäftigungslos in den Kasernen, weil keiner da ist, der ihnen etwas anschafft.

Mit der Miliz bricht auch der Personalpool für die Auslandseinsätze weg. Denn gut 60 Prozent der Auslandssoldaten kommen aus der Miliz. Durch den Aufbau von Verbänden mit Berufssoldaten versucht die Armeeführung dem entgegenzuhalten.

Trotz der Einschnitte ist das Bundesheer noch immer in der Lage, außenpolitisch wichtige Missionen am Balkan und am Golan aufrechtzuerhalten. Ein von der UNO geforderter Einsatz im Libanon ist nicht mehr finanzierbar.

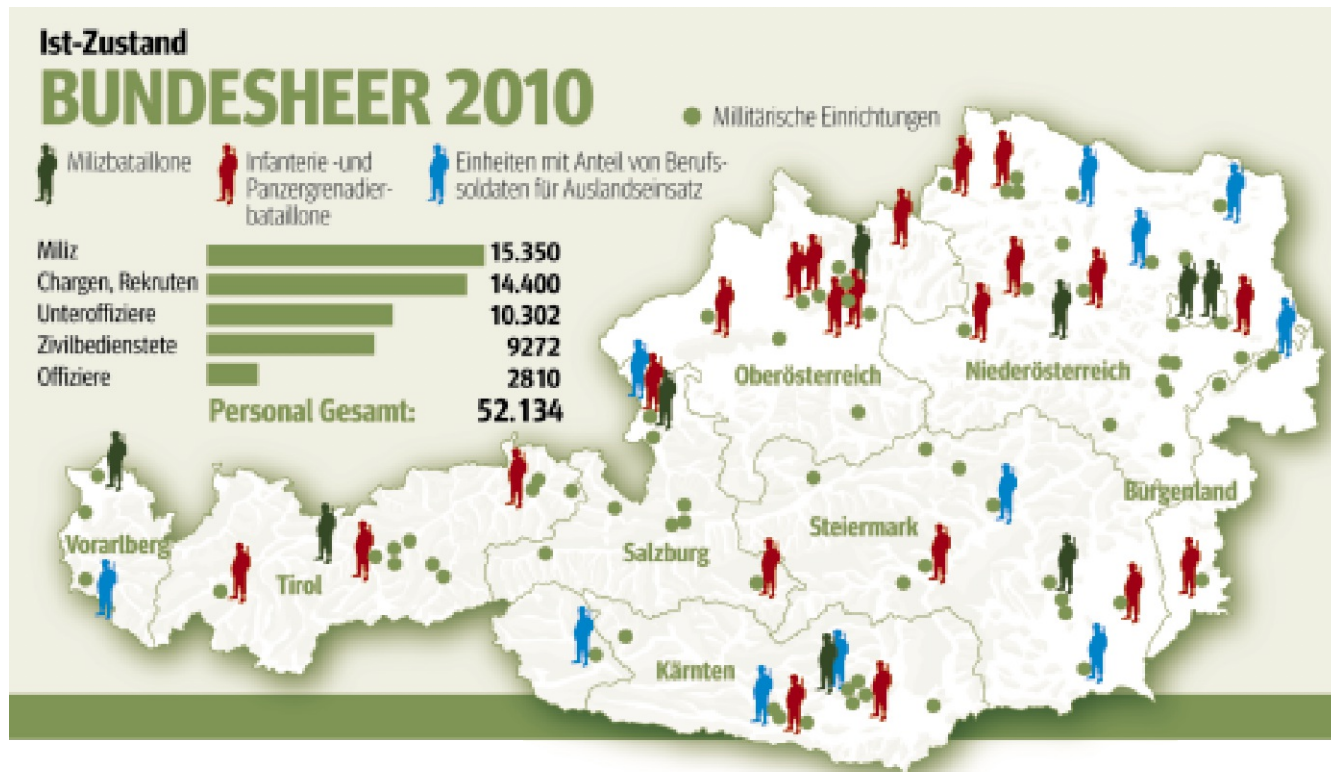
Krisenfeuerwehr Das Heer umfasst noch 22.000 voll angestellte Berufssoldaten, Beamte und Zivilangestellte. (zum Vergleich: Im Innenministerium sind es 27.000). Dazu kommen etwa 12.000 Rekruten und 15.000 Milizsoldaten. Die meisten sind aber in der Struktur gebunden. Viele halten es daher für ein Wunder, dass im Katastrophenfall auch ohne die Aufbietung der Miliz noch eine Krisenfeuerwehr mit geforderten 10.000 Mann ins Feld geschickt werden kann.

Lesen Sie morgen: Wann kommt eine europäische Armee?

Das Neue HEER Teil 2



Abbau: Mit Ende des Kalten Krieges wurden nicht nur Bunker demontiert, sondern auch Teile der Heeres



Österreichische Soldaten flankieren einen Krieger der Nordallianz in der afghanischen Hauptstadt Kabul. Kein Politiker und kein Militär hatte vor dem Jahr 1991 mit weltweiten und gleichzeitig sehr gefährlichen Einsätzen gerechnet

► Bundesheerreformkommission

Von den Empfehlungen ist nur die Idee geblieben

Geblieben ist nur die Idee,“ sagt ein Insider aus dem Generalstab zur Frage, was von den Empfehlungen der sogenannten „Zilk-Kommission“ umgesetzt wurde.

Im Jahr 2004 präsentierte Helmut Zilk die Empfehlungen der Bundesheerreformkommission. Diese legten die Heeresstrukturen für das Jahr 2010 fest. Alle Parlamentsparteien stimmten zu.

Demnach tritt der Fall der klassischen Landesverteidigung in den Hintergrund. Nicht mehr benötigte Kampfverbände sollten auf-

gelöst und bis zu 40 Prozent der Liegenschaften veräußert werden. Mit dem eingesparten Geld und den Liegenschaftserlösen sollte modernes Gerät für auslandsfähige Verbände beschafft werden. Diese Verbände sollten Österreichs Verpflichtungen gegenüber der EU erfüllen.

Darüber hinaus muss das Bundesheer im Inland weiterhin die Luftraumüberwa-



Helmut Zilk wollte die Modernisierung

chung, den Schutz der kritischen Infrastruktur und den Katastrophenschutz gewährleisten.

Die Generäle begannen mit der Stilllegung zahlreicher Kasernen. Dass der Kasernenverkauf

schleppend läuft, ist ihnen inzwischen egal. Denn entgegen aller Zusagen kassiert den Erlös der Finanzminister und nicht das Verteidigungsressort.

Dass die 30 Millionen jähr-

lich für den von vielen als unnötig empfundenen „Parkplatzwächtereinsatz“ im Burgenland nicht rückerstattet werden, war ebenfalls nicht geplant.

Die vertraglich zugesagte Führung einer EU-Brigade steht damit in den Sternen. Für die benötigten Aufklärungsdrohnen und Pioniergerät ist kein Geld in Sicht.

Aus der vorhandenen Struktur kann zumindest eine Pandur-Kompanie zu einer „EU-Battlegroup“ entsandt werden, was die Gefahr der totalen internationalen Blamage mindert.

► Miliz

Es fehlte der politische Wille

Während der ČSSR-Krise 1968 rollten sowjetische Panzer entlang der österreichischen Grenze. Dennoch wurden Grenzschutzsoldaten, die sich freiwillig in den Kasernen eingefunden hatten, nach Hause geschickt. Nach sowjetischen Drohungen fehlte der Mut für die Aufbietung.

Beim Einsatz 1991 an der slowenischen Grenze wurde ein gerade übendes Milizbataillon nach Hause geschickt und durch schlecht ausgebildete Rekruten ersetzt – obwohl das Korpskommando um die

Teilmobilmachung der 7. (Miliz-)Jägerbrigade in Kärnten ersuchte.

Statt die Miliz für den vordringlichen Schutz der kritischen Infrastruktur fit zu machen, wurden sie aufgelöst. Es gibt pro Bundesland nur mehr ein kleines Bataillon. Die Soldaten wurden unbedankt nach Hause geschickt. Das einzige, was von der bewaffneten Volksbewegung blieb, ist das Museum der Sperrtruppen am Wurzenpass. Es ist eine Privatinitiative.

INTERNET
www.bunkermuseum.at